

Zellen mutieren langsam

Mediziner warnen vor Krebsgefahr durch radioaktive Niedrigstrahlung

Diskussionsabend zum Thema Atommüll

Karlsruhe. Auch sieben Jahre nach dem Beginn des geplanten Atomausstiegs gibt es in Deutschland noch sieben aktive Kernkraftwerke, 26 Atomkraftwerke in den verschiedenen Phasen der Stilllegung sowie ein gutes Dutzend mehr oder weniger aktiver Forschungsreaktoren wie auf dem Campus Nord des KIT: „Und auch wenn alle diese Einrichtungen abgeschaltet sind, wird die Radioaktivität in Deutschland noch lange nicht verschwunden sein“, sagt Jörg Schmid. Der Mediziner des internationalen Atomausstieg-Netzwerks IPPNW warnte bei einem Diskussionsabend des Bündnisses für „Sichere Verwahrung von Atommüll in Baden-Württemberg“ im Karlsruher DGB-Haus eindringlich vor den Gefahren durch Niedrigstrahlung.

„In der öffentlichen Debatte werden meistens nur die verheerenden Folgen von Super-GAUs wie in Tschernobyl oder Fukushima thematisiert“, betonte Schmid. Bei der Niedrigstrahlung führe die Strahlung dagegen nicht sofort zum Tod. „Aber die Zelle mutiert, und daraus entstehen Krankheiten wie Krebs“, so Schmid. Den derzeitigen Richtwert von zehn Mikrosievert für die bedenkenlose Entsorgung von Atommüll hält Schmid deshalb für deutlich zu gering und das Argument der natürlichen Hintergrundstrahlung, die teilweise um das Tausendfache höher sei, für einen Mythos. „Risikoabschätzung bezieht sich meistens auf den jungen gesunden Mann und nicht auf die besonders strahlensensiblen Personen“, so Schmid. Seiner Schätzung nach gebe es in Deutschland jedes Jahr über 8 000 Krebserkrankungen, die allein auf die Hintergrundstrahlung zurückzuführen seien.

Auch Dierk-Christian Vogt von der Bürgerinitiative „Froschgraben“ in Schwieberdingen hält die derzeitigen Richtwerte für deutlich zu hoch bemessen. Wenn die Freimessung den Bereich von zehn Mikrosievert pro Jahr und Person unterschreitet, gilt das Material als normaler Bauschutt und muss nicht mehr als radioaktiver Müll behandelt werden. Seit Jahren wurde der Müll vom Abbau der Atomkraftanlagen auf diese Weise auf die Deponie in Schwieberdingen gebracht. „Es war nicht sehr viel. Aber es wurde auch nie darüber gesprochen, und das war der eigentliche Skandal“, so Vogt.

Beim baden-württembergischen Umweltminister Franz Untersteller sei das Thema Bevölkerungsschutz offenbar auch nicht besonders hoch angesiedelt. Untersteller sei nämlich bei keiner einzigen Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative gewesen und habe stattdessen lieber mit den Chefs der EnBW diskutiert. „Eigentlich sollen wir den Gesetzgebern, den Energieversorgern und den Deponiebetreibern vertrauen. Mir persönlich fällt das mittlerweile schwer“, so Vogt.

Für Harry Block von der Umweltorganisation BUND bergen auch der Abbau des Atomkraftwerks Philippsburg und der Forschungsreaktoren des KIT noch einige Gefahren. „Allein in Philippsburg gibt es noch Atommüll ohne Ende“, sagte Block. Offiziell müssten rund 400 000 Tonnen Müll entsorgt werden, 40 000 Tonnen davon müssten im Reststoffbehandlungszentrum zunächst – laut Block eine „Atommüllfabrik“ – behandelt werden, 4 000 Tonnen sollen zur Endlagerung in den Schacht Konrad gebracht werden.

„Wenn man solche Zahlen auf alle Kernkraftwerke hochrechnet, wird Schacht Konrad niemals ausreichen“, mahnte Block. Nicht viel besser sehe es am ehemaligen Kernforschungszentrum aus. Die für den Abbau zuständige Firma Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe (KTE) habe zwischen 2010 und 2018 über 591 Tonnen radioaktiv belasteten Bauschutt zur Beseitigung nach Schwieberdingen gebracht. Das sei nun nicht mehr möglich, und deshalb lagern laut Block noch rund 700 Tonnen im Hardtwald. „Der Chef der KTE schreibt einmal in der Woche an den Landrat und einmal an den Chef der EnBW“, so Block. „Sie wollen schließlich wissen, wohin das Zeug soll.“ Ekart Kinkel